

Hochtarifland Österreich

MEHRWERTSTEUER AUF MEDIKAMENTE:

Quer durch die politischen Lager wurde im Wahlkampf in Aussicht gestellt, den Satz in Österreich von 20 auf 10% zu senken.

Jetzt warten alle darauf, dass das auch realisiert wird.

WERDEN SICH die österreichischen Parteien durchringen können, in einer nächsten Regierung die Mehrwertsteuer auf Medikamente in Österreich endlich von jetzt 20 auf 10% zu senken? Welche Koalition auch zusammenkommen mag, alle Parteien standen vor den Wahlen diesem Gedanken positiv gegenüber. Die Senkung stand sogar explizit im SPÖ-Gesundheitspapier von 2005. Ob das Vorhaben nun auch realisiert wird, ist eine andere Sache.

Seit langem herrscht Einigkeit unter den Experten des Gesundheitssystems, dass unser Mehrwertsteuersatz von 20% auf Medikamente wenn schon kein Zynismus, so doch ein äußerst unglückliches Signal an die Bevölkerung ist. Das ging – zumindest vor den Nationalratswahlen – quer durch alle Parteien. Pharmaindustrie und

Pharmagroßhandel, eigentlich jeder, der sich gedanklich damit beschäftigt, hoffen jetzt auf eine positive Weichenstellung. Pharmig-Generalsekretär Dr. Jan Oliver Huber: „Wenn schon so ein breiter Konsens da ist, ist das jetzt eine historische Chance für die politischen Parteien.“

Auch für den Hauptverband wäre ein Mehrwertsteuernachlass eine willkommene Finanzreserve angesichts steigender Anforderungen an das System. KR Dkfm. Dr. Johann Kwizda vom Bundesgremium Handel mit Arzneimitteln sieht darin eine Möglichkeit, im Gegenzug die Rezeptgebühr für chronisch Kranke zu senken: „Geben wir das denen, die es am dringendsten benötigen. An Menschen, die zum Beispiel bedingt durch ihr Alter durch die Kosten für ihre Medikamente besonders gefordert sind.“

Wir haben zwar für Lebensmittel den begünstigten Satz von 10%, auch Bücher und Zeitschriften können mit 10% gekauft werden, Mieten unterliegen ebenfalls diesem Satz. Von der Gesetzesphilosophie her soll alles, was wirklich lebensnotwendig ist, mit nur 10% besteuert werden. Medikamente sind dabei leider durch den Rost gefallen. Die werden so besteuert, als ob sie eben nicht lebensnotwendig wären. Sie sind in einer Kategorie mit allen anderen Gütern, auch Luxusgütern. Der Präsident der NÖ-Apothekerkammer Mag. pharm. Werner Luks formuliert es deutlich: „Sie können ins ‚Steirereck‘ gehen und für die Speisen dort 10% bezahlen, die Bevölkerung zahlt für die Medikamente aber 20%. Das kann nicht sein.“

WIR HABEN DEN ZWEITHÖCHSTEN SATZ IN DER EU

Ein Blick über die Grenzen macht dabei sicher. Österreich hat von allen EU-Ländern nach Dänemark den zweithöchsten Steuersatz für Medikamente! Alle unsere direkten Nachbarn haben wesentlich geringere Sätze: Deutschland 16%, Italien 10%, Slowenien 8,5%, Ungarn 5%. Die Slowakei hat jetzt noch 19%, aber schon angekündigt, ihren Satz ab 2007 auf 5% zu senken. Tschechien hat ebenfalls 5%. Das Nicht-EU-Land Schweiz verrechnet 2,4% (siehe Tabelle). Ein großes Land wie Frankreich hat für Präparate in der Selbstmedikation gar nur einen Mehrwertsteuersatz von 2,1%. KR Kwizda: „Unsere Sätze sind top, top, top.“

Klar geht es bei der Diskussion um die Mehrwertsteuer vor allem um jene Medikamente, die sich die Patienten selbst

DER VERGLEICH MIT UNSEREN NACHBARN

SCHWEIZ	2,4%
TSCHECHIEN	5%
UNGARN	5%
SLOWENIEN	8,5%
ITALIEN	10%
DEUTSCHLAND	16%
SLOWAKEI	Aktuell 19%, ab 2007 nur 5%
ÖSTERREICH	20%

bezahlen. Das ist aber ein nicht zu unterschätzender Teil an den gesamten Medikamentenkosten. Für rezeptfreie Medikamente und rezeptpflichtige Präparate, deren Preis unter der Rezeptgebühr lag, gaben die Menschen bei uns 2005 inkl. MwSt. 734 Mio. Euro aus. Das kommt zu jenen Kosten, die die Kassen für Medikamente tragen, dazu. Die Medikamentenausgaben der Kassen betragen 2005 brutto 2.463 Mio. Euro.

Doch auch die Kassen und der Hauptverband müssen selbst jedes Interesse an einem moderateren Mehrwertsteuersatz haben. Auch sie zahlen für Medikamente zunächst 20% Mehrwertsteuer, 2005 waren das 403 Mio. Euro. Davon bekamen sie allerdings den Löwenanteil vom Finanzminister rückvergütet, das ist gesetzlich so festgelegt. Trotzdem blieben Kassen und Hauptverband noch rund 50 Mio. Euro an Mehrwertsteuer zu tragen.

KÖRBERLGELD FÜR CHRONISCH KRANKE?

Der einzige, der mit einer Steuersenkung naturgemäß weniger Freude hätte, wäre der Finanzminister. Wird der Prozentsatz auf 10 gesenkt, hätte er nach den Zahlen von 2005 aus dem Bereich der Selbstmedikation einen Verlust von 61 Mio. Euro zu erwarten. Wird die Senkung auch für die erstatteten Präparate durchgezogen – was wohl nicht anders ginge – kämen nach Rückvergütung noch einmal rund 25 Mio. Euro Minus dazu. Das „Körpergeld“, das die Kassen so gewinnen könnten, würde an anderer Stelle im Gesundheitssystem eingesetzt werden, z.B. wie angeregt, zur Senkung der Rezeptgebühr für chronisch Kranke. Apotheken-Präsident Luks: „Gusenbauer, Schüssel und andere haben im Wahlkampf davon gesprochen, dass die Rezeptgebühr für die Medikamente zur Behandlung von chronischen Krankheiten nur mehr einmal im Jahr bezahlt werden soll.“ Mehr Spielkapital bei den Kassen ersparen Zuschüsse, die Bund oder Länder anderswo leisten müssten. Alles eine Verhandlungssache.

Für die Bevölkerung, so sind sich die Experten einig, wäre die Senkung der Mehrwertsteuer aber ein positives Zeichen. Huber: „Das wäre ein tolles Signal in Richtung: Wir unterstützen euch auf dem Weg, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen.“ Da sehen auch die Ärzte so. Dr. Manfred

Weindl, Präsident des Wiener Hausärztesverbandes dazu: „Vom Psychologischen betrachtet, wäre es fair, würde man die Mehrwertsteuer auf 10% senken.“ Er appelliert daran, die Steuer in diesem Zusammenhang „staatspolitisch“ einzusetzen.

EINE GESELLSCHAFTLICHE FRAGE

Der wirtschaftliche Eigennutz, den die Pharmaunternehmen und auch die Apotheken von einem niedrigeren Mehrwertsteuersatz hätten, hielt sich in Grenzen. Massive Eigeninteressen kann man keinem der Fürsprecher für eine Senkung so leicht unterstellen. Zwar sieht Huber von Pharmig durchaus die Gefahr, dass in den Grenzgebieten die Menschen OTC-Präparate bei den östlichen Nachbarn kaufen könnten, statt in der Apotheke zu Hause. So weit das geschieht, hat das aber jetzt auch noch andere Gründe. NÖ-Apothekerpräsident Luks: „Man muss die Kirche im Dorf lassen. Viele Medikamente sind dort vor allem wegen des unterschiedlichen Kaufkraftniveaus billiger.“ Zunehmend gilt das aber nur für ältere oder generische Präparate. Seit längerem schon verlangen Pharmaunternehmen auch bei Neueinführungen in den östlichen Nachbarländern ihre „Europa-Preise“, d.h. sie kosten dort etwa so viel wie im übrigen Europa. Kauf-tourismus und Parallelimporte lohnen sich damit nicht. Je höher der Preis für ein Medikament, desto eher könnte aber der Mehrwertsteuer-Vorteil im Ausland attraktiv werden.

Das Problem ist ein gesellschaftliches Problem: Zählen Medikamente zu „Konsumartikeln“ oder sollen sie eine begünstigte Sonderstellung haben? Präsident Luks: „Das ist eine Sozialfrage.“ Kwizda schließt an: „Das wäre ein Zeichen, dass man den Menschen Obsorge und Aufmerksamkeit gibt.“ Huber von Pharmig wünscht sich, dass auch die Mehrwertsteuer wie andere Bedingungen für Medikamente in Österreich fair und transparent gehandhabt werden. Momentan sieht er sich und seine Branche im Europa-Vergleich hierzulande in einigem schlechter gestellt.

Dr. Irmgard Bayer

Ihre Meinung an:
i.bayer@medmedia.at



Dr. Jan Huber, Pharmig: „Im Umfeld von Österreich sind wir einzigartig hoch.“



KR Dkfm. Dr. Johann Kwizda: „Was die Kassen damit sparen, könnte den chronisch Kranken zugute kommen.“



Mag. pharm. Werner Luks, Präsident der NÖ Apothekerkammer: „Das ist eine Sozialfrage.“



Dr. Manfred Weindl, Hausärztesverband: „Mehrwertsteuer staatspolitisch einsetzen!“